



Darmstadt, 02. Oktober 2003

Pressemitteilung

Erklärung der Religionen zum Tag der Deutschen Einheit: „Für eine Kultur der sozialen Solidarität“

Zum Tag der Deutschen Einheit haben die großen Religionsgemeinschaften in Deutschland in der Jüdischen Kultusgemeinde in Dortmund eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin setzen sie sich für die Entwicklung einer Kultur der sozialen Solidarität ein. Die vom Interkulturellen Rat in Deutschland herausgegebene Erklärung ist unterzeichnet von *Dr. Nadeem Elyas*, Zentralrat der Muslime in Deutschland, *Dr. Salomon Korn*, Zentralrat der Juden in Deutschland, *Prof. Dr. Johannes Lähnemann*, Weltkonferenz der Religionen für den Frieden, *Dr. Jürgen Micksch*, Interkultureller Rat in Deutschland, *Dilek Öznur*, Alevitische Gemeinde in Deutschland, *Barbara Rudolph*, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, *Christopher Sprung*, Nationaler Geistiger Rat der Baha'i in Deutschland und *Dr. Alfred Weil*, Deutsche Buddhistische Union.

Angesichts des Fortbestehens globaler Ungerechtigkeiten bezeichnet die Erklärung die Entwicklung einer Kultur der sozialen Gerechtigkeit als eine zentrale Überlebensfrage der Menschheit. Durch die Vision einer Kultur des Teilens, des partizipatorischen Miteinander und der Barmherzigkeit seien die großen Religionsgemeinschaften verbunden. Hieraus leite sich die Aufgabe ab, Ungerechtigkeiten sensibel wahrzunehmen und als Anwalt der Schwachen zu fungieren.

Eine Kultur der sozialen Solidarität kann laut der gemeinsamen Erklärung konkret werden, wenn:

- die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung im internationalen Kontext fortgesetzt und intensiviert werden;
- eine erschwingliche Gesundheitsfürsorge gesichert wird, die alte und sozial schwache Menschen nicht benachteiligt;
- Kindern mehr Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt wird, auch wenn das für Eltern manchen Verzicht mit sich bringt;
- solidarisches Miteinander mit Behinderten schon im Kindergarten und in der Schule eingeübt wird;
- ethnische und religiöse Minderheiten unsere Solidarität erfahren, wenn sie diskriminiert werden. Dies gilt besonders dann, wenn fremdenfeindliche Stimmungen zum Stimmenfang bei Wahlkämpfen missbraucht werden;
- wir uns für Zugewanderte, Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere einsetzen, damit sie in Würde leben können.

„Eine Haltung der Großzügigkeit und des universellen Wohlwollens sollte zur Leitmaxime für den Einzelnen, die Religionsgemeinschaften, aber auch für

Die Erklärung der Religionen in Deutschland kann im Wortlaut angefordert werden:

Interkultureller Rat in Deutschland - Goebelstr. 21 - 64293 Darmstadt
Tel.: 06151/339971 - info@interkultureller-rat.de
www.interkultureller-rat.de

Wirtschaft und Politik sowie schließlich für alle Menschen guten Willens werden“, so die Erklärung abschließend.